

Mehr Autonomie für Rektoren

Zum Verhältnis von Hochschule und Politik

wbt. · Hochschule und Politik? Noch vor einigen Jahren hätte man an Studentenproteste gedacht, an den ständigen Unruheherd Universität. Heute geht es um Rollenteilung. Frei von Spannungen ist diese Konstellation aber ebenfalls nicht. Bund und Trägerkantone erwarten einen Nutzen der Hochschulen für die Gesellschaft und respektieren dafür, dass Hochschulen nicht wie Verwaltungen oder Unternehmen geführt werden können. Umgekehrt akzeptieren die Hochschulen eine gewisse Steuerung durch die öffentliche Hand, die enorme Mittel zur Verfügung stellt.

Konzessionsbereitschaft

Die Hochschulen, auch die in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Fachhochschulen, hätten heute mehr Autonomie denn je, hat Rudolf Gerber, Rektor der Berner Fachhochschule, am Donnerstag an einer Tagung in Zürich festgestellt. Es sei immer noch zu wenig. Nicht die Politik gefährde die Autonomie, antwortete der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker, sondern die mangelnde Kompetenz der Hochschulleitungen, Entscheidungsprozesse effizient zu steuern. Die unangefochtene Stellung der Universität St. Gallen beispielsweise beruhe auf ihrer Fähigkeit, taugliche Organisationsstrukturen zu bilden. Die Politik habe sich mit strategischen Problemen zu beschäftigen und vor allem für die Auswahl guter Hochschulleitungen zu sorgen. Wenn voraussichtlich 2015 das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) des Bundes – von Bildungspolitikern Kathy Riklin bei aller Kritik als gutes Gesetz gewürdigt – in Kraft tritt, werden den Hochschulen allerdings noch mehr Strategien gegenüberstehen.

Eine an der Tagung vorgestellte Befragung der veranstaltenden Beratungsunternehmung Berinfor zeigt, dass Vertreter der Hochschulen auf der einen Seite, der Bildungspolitik und der Bildungsverwaltung auf der anderen die Einflussbereiche der Politik ähnlich einschätzen. Hoch ist die Einflussnahme bei der Finanzierung und der Infrastruktur, eher gering in den Bereichen

Organisation, Themen, Köpfe und in der Ausgestaltung von Lehre; Forschung, Weiterbildung und Dienstleistungen. Die beiden Gruppen unterscheiden sich aber stark, fragt man nach den Veränderungswünschen. Die politische Seite ist mit dem Status quo zufrieden und könnte sich in allen Bereichen sogar eine etwas geringere Einflussnahme vorstellen. Die Hochschuleseite hingegen wünscht sich eine deutlich kleinere politische Einflussnahme, selbst bei den Finanzen und der Infrastruktur.

Offenbar gibt es eine durch die Hochschulen ungenutzte Konzessionsbereitschaft auf der politischen Seite. Die Befragten orten hier ein schlummerndes Potenzial. Eine aktive Beziehungspflege könne aus der Sicht der Politik durchaus zu einer besseren Berücksichtigung der Interessen der Hochschulen führen. Die Hälfte der befragten Politiker haben aber nur sporadisch oder nie Kontakt mit den Hochschulen. Jene, die solche Kontakte pflegen, beurteilen sie durchwegs als positiv.

Dreierlei Autonomien

Autonomie bedeute nicht Unabhängigkeit, sagte der Basler Universitätsrektor und Präsident der Rektorenkonferenz (Crus), Antonio Loprieno. Er plädierte für ein Abwägen zwischen Autonomie und Offenheit gegenüber den Anliegen der öffentlichen Hand. Hochschulautonomie ist für Loprieno ein unscharfer Begriff. Für die Politik, die Universitätsleitung und die akademische Community habe er eine je eigene Funktion im Diskurs. Für die erste gehe es um das Prägen der Strategie, für die zweite um die Führung des Betriebs und für die dritte um die freie Entscheidung über Lehr- und Forschungsinhalte und um die Positionierung im Wettbewerb um Mittel und Anerkennung. Der gegenwärtige Kulturwandel – von der Universität Humboldts zu jener von Bologna – werde dazu führen, dass der Einfluss der Politik ebenso wie die Freiheit von Lehre und Forschung tendenziell stabil blieben, den Rektoren unter dem Stichwort Hochschulmanagement aber mehr Macht zukommen werde.